

Dringlichkeitsantrag der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion für die Gemeinderatssitzung am 29.September 2016

„Bannmeile“ für Wahlwerbung vor Schulen

Kürzlich wurden im unmittelbaren Umkreis von Schulen, politisch motivierte Schülerkalender mit eindeutigen Botschaften verteilt.

Politik soll in und um Schulen nur prinzipiell gelehrt, jedoch nicht in eine bestimmte Richtung propagiert werden.

Sowohl negative als auch positive Wahlwerbung im Umkreis von Schulen stellt eine Beeinflussung von Minderjährigen dar. Es kann daher nicht im Sinne einer Kommune sein, jene am Arbeitsplatz belästigen zu lassen.

Es wird daher folgender Dringlichkeitsantrag gestellt:

Der Gemeinderat der Stadt Leoben spricht sich für eine Verordnung aus, in der ein Verteilverbot im direkten Umkreis (500m) um Schulen geregelt wird. Sollte dies rechtlich nicht möglich sein, verpflichten sich die im Gemeinderat vertretenen Parteien, sowie deren Unterorganisationen, Verteilaktionen mit politischem Inhalt in diesem Bereich freiwillig zu unterlassen.

2.VzBgm Daniel Geiger

BR GR Gerd Krusche

GR DI Dr.Johann Mogeritsch

GR Florian Wernbacher, BSc